

# WER HAT ANGST VOR DEM MÜNDIGEN VOLK?

*Geldschöpfung unter demokratischer Kontrolle, das ist unmöglich! Dies bekommen die Initianten der Vollgeld-Initiative, die die Geldschöpfung der privaten Banken verbieten will, immer wieder zu hören. Der Vorwurf ist absurd. Die Wissenschaft ist eindeutig: Je mehr demokratische Kontrolle, desto gesünder sind die Staatsfinanzen. → von Thomas Mayer und Roman Huber*

«In der Vergangenheit waren Regierungen überaus kreativ darin, Budget-Regeln wie den Stabilitätspakt aufzuweichen oder zu umschiffen», schreibt Olaf Storbeck im Handelsblatt. «Ein besserer Weg zu solideren Staatsfinanzen besteht möglicherweise darin, den Bürgern selbst mehr Entscheidungsgewalt über die Staatsausgaben zu geben.» Zu diesem Schluss kommen die beiden Ökonominen Patricia Funk (Universität Pompeu Fabra, Barcelona) und Christina Gathmann (Universität Mannheim). Die Forscherinnen untersuchten in einer akribischen Fallstudie die Entwicklung der Staatsfinanzen aller 26 Schweizer Kantone in den vergangenen 110 Jahren. Dabei stellten sie fest: Je stärker die Einwohner in einem Kanton selbst über die Verwendung der Staatsausgaben mitreden können, desto besser ist es dort um die öffentlichen Finanzen bestellt.

Das Ausmass der Bürgermitbestimmung ist nicht in jedem Schweizer Kanton gleich stark ausgeprägt und hat sich im Laufe der Jahrzehnte immer wieder geändert. Derzeit gibt es in 15 Schweizer Kantonen sogenannte Finanzreferenden: Überschreitet ein öffentliches Investitionsprojekt wie ein neues Krankenhaus ein bestimmtes Kostenvolumen, wird automatisch eine Volksabstimmung einberufen. Zwischen 1980 und 1999 gab es 461 verschiedene regionale Finanzreferenden – 86 Prozent fanden die Zustimmung der Bürger.

**Trotz dieser hohen Erfolgsquote bremst das direkte Mitspracherecht der WählerInnen die Spenderfreude der öffentlichen Hand erheblich**, zeigt die Studie. Im Schnitt sind die Ausgaben in Kantonen mit automatischen Finanzreferenden um 12 Prozent niedriger. In manchen Kantonen können Finanzreferenden auch von der Bevölkerung selbst eingeleitet werden, die auch bei kleineren Kantonsausgaben immer als Drohung im Raum stehen.

Die Ökonomen Lars P. Feld, Gebhard Kirchgässner und Marcel Savioz untersuchten Schweizer Städte und Gemeinden.<sup>1</sup> Sie fanden heraus: «Gemeinden mit einem Referen-

dum zum Budgetdefizit haben signifikant niedrigere Schulden pro Steuerzahler.»

Die Autoren untersuchten auch die Wirkung anderer Massnahmen, zum Beispiel eine besonders starke Position des Finanzdezernenten in der Gemeindeverwaltung oder haushaltstechnische Regelungen. Ein funktionierendes und regelmässig angewendetes Finanzreferendum sei jedoch der vielversprechendste Weg zur Haushaltssanierung. Denn: «Die Bevölkerung selbst scheint sich stärker um die Haushaltsdisziplin zu sorgen als die gewählten Vertreter.»

**Die bessere Haushaltssituation hängt jedoch nicht allein mit den geringeren Staatsausgaben zusammen.** Auch die Einnahmen steigen als Folge besserer Wirtschaftsentwicklung und höherer Steuerehrlichkeit in Kantonen mit häufigen Volksentscheiden. Dass weniger Steuern hinterzogen werden – gemessen an der Zahl der aufgedeckten Fälle –, führen die Wissenschaftler darauf zurück, dass die Bürger «in einer direkten Demokratie mehr Vertrauen in die Verwendung ihrer Gelder durch die öffentliche Hand haben».

Offensichtlich besteht zudem ein Zusammenhang zwischen dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts und der Zahl der Finanzreferenden. Adrian Vatter und Markus Freitag fassen ihre diesbezüglichen Ergebnisse wie folgt zusammen: «Wir können feststellen, dass sich Kantone mit einer hohen Anzahl effektiv durchgeführter Finanzabstimmungen durch eindeutig stärkere Wirtschaftsleistungen auszeichnen als Kantone mit einer geringen Beteiligung des Volkes bei fiskalischen Entscheidungen.»<sup>2</sup>

**Diese Untersuchungen sind eindeutig.** Die direkte Demokratie ist der Parteidemokratie hinsichtlich einer soliden Haushaltsführung weitaus überlegen. Doch in Deutschland besitzt das Parlament das alleinige Budgetrecht. Das Land wird seine Staatsschulden vermutlich erst in den Griff bekommen, wenn die Parteien die Haushaltshoheit an das

*Je stärker die Einwohner in einem Kanton selbst über die Verwendung der Staatsausgaben mitreden können, desto besser ist es um die öffentlichen Finanzen bestellt.*

Volk abgeben. Das fordert Gabor Steingart, Chef des Handelsblattes, in seinem Spiegel-Essay «Entflechtet Euch!»:

«Die Abgeordneten können sich die Empörung über den Vorschlag, ihnen das Budgetrecht zu entreissen, sparen. In Wahrheit haben sie es durch ihr Finanzgebaren der letzten Dekaden, als kein Steuerrekord hoch genug ausfiel, um nicht doch einen neuen Kredit zu bestellen, selbst zur Disposition gestellt. Der Horizont der Abgeordneten war systematisch zu kurz gespannt. Sie dachten an die kommende Wahl, wo sie an das Wohl des Landes hätten denken sollen ... Nur einer kommt in Frage, der mit seiner praktischen Vernunft die Kraft besitzt, hier ordnend einzuschreiten: der Souverän selbst. Er verfügt – das Nachbarland Schweiz mit seiner direkten Demokratie beweist es uns ein ums andere Mal – über die nötige Autorität und Reife. Und er ist es gewohnt, in Dekaden zu denken. Sein Ziel ist nicht die Wiederwahl, sondern die Stabilität der Verhältnisse. In einem Meer der Augenblicksinteressen ist der Bürger der Festlandssockel, der nicht schwankt und nicht nachgibt.»

Für Deutschland und die anderen Euro-Länder ist ein Ausbau der direkten Demokratie bei öffentlichen Finanzen dringend nötig. Von der Schweiz ist aber noch mehr zu lernen.

**Klare Verantwortlichkeiten durch Dezentralisierung.**

Artikel 43a der Schweizer Bundesverfassung hält lapidar fest: «Erstens: Der Bund übernimmt nur die Aufgaben, welche die Kraft der Kantone übersteigen oder einer einheitlichen Regelung durch den Bund bedürfen. Zweitens: Das Gemeinwesen, in dem der Nutzen einer staatlichen Leistung anfällt, trägt deren Kosten. Drittens: Das Gemeinwesen, das die Kosten einer staatlichen Leistung trägt, kann über diese Leistung bestimmen.» Mit anderen Worten: Wer zahlt, schafft an, und wer Schulden macht, steht für diese gerade.

Wie anders ist es in Deutschland und in der EU! Die EU oder der Bund beschliesst etwas, die Staaten, Länder oder Gemeinden müssen bezahlen. Bundesländer machen Schulden, der Bund haftet. Staaten machen Schulden und werden

von den anderen Euro-Staaten gerettet. Kaum jemand ist in unserer Staatsorganisation voll verantwortlich für das, was er tut. Die unvermeidliche Folge ist die organisierte Verantwortungslosigkeit.

Eigenverantwortlichkeit der Gebietskörperschaften heisst auch, dass diese über ihre Einnahmen selbst bestimmen können. In der Schweiz bekommen die Kantone und Gemeinden keine staatlichen Zuweisungen, sondern haben eigene Steuern, über deren Höhe sie selbst entscheiden. In vielen Gemeinden bestimmen die Bürgerinnen und Bürger über die Höhe der Einkommenssteuer. Wenn die Gemeinde besondere Ausgaben plant, wird das mit einer Erhöhung des Steuersatzes verknüpft. Eine klare und transparente Praxis. Einnahmen und Ausgaben hängen erlebbar aneinander.

Reiner Eichenberger, Professor für Finanzwissenschaft an der Universität Fribourg, hat sich intensiv mit Dezentralisierung und Föderalismus beschäftigt und sieht darin die Voraussetzung für eine wirtschaftliche Gesundung von Griechenland und anderen Euro-Staaten. ... Plastisch schildert er, warum Griechenland, das am stärksten zentralisierte Land der Euro-Zone, nicht auf die Beine kommt. «Das lokale Steueraufkommen hat praktisch nichts mit den Einnahmen der lokalen Körperschaften zu tun, weil zuerst alles Geld nach Athen fliesst. Deshalb sind weder die Lokalpolitiker noch die Bürger an effizienter Mittelverwendung, hoher Standortattraktivität und Steuerehrlichkeit interessiert. Da die Transfers aus Athen in die Regionen unabhängig vom lokalen Steueraufkommen fliessen, gibt es keinen sozialen Druck, die Steuern gesetzeskonform zu bezahlen. Wer Steuern bezahlt, schadet seinen Nachbarn. Denn dann fliesst das Geld nach Athen statt in den lokalen Wirtschaftskreislauf.»

1 Gebhard Kirchgässner, Lars P. Feld u. Marcel R. Savioz: Die direkte Demokratie u. Lrs Feld und Gebhard Kirchgässner: Does Direct Democracy Reduce Public Debt?

2 Markus Freitag u. Adrian Vatter: Direkte Demokratie, Konkordanz und Wirtschaftsleistung

Bei dem Text handelt es sich um einen gekürzten Auszug aus dem neu erschienenen Buch «Vollgeld – das Geldsystem der Zukunft; unser Weg aus der Finanzkrise» von Thomas Mayer und Roman Huber. Tectum-Verlag, 2014. 322 S., Fr. 28.–/€ 18.95

Das Buch ist sehr verständlich geschrieben und ermöglicht auch dem Laien ein vertieftes Geldverständnis. Die beiden Autoren setzen sich seit Jahrzehnten als Bürgerrechtler für direkte Demokratie in Deutschland ein. Sie machen deutlich, dass echte Demokratie nur möglich ist, wenn wir die wichtigste gesellschaftliche Energie, das Geld, unter demokratische Kontrolle bringen.



Zurzeit läuft die **Unterschriftensammlung für die Vollgeld-Initiative**, die die Geldschöpfung allein der Nationalbank übertragen will. Dabei geht es vor allem um das elektronische Geld, das die privaten Banken bisher weit über die Bedürfnisse der Realwirtschaft in Umlauf gebracht haben und das zu regelmässigen Krisen führt. Die Unterschriftensammlung liegt noch unter den budgetierten Vorgaben und braucht Unterstützung. [www.vollgeld-initiative.ch](http://www.vollgeld-initiative.ch)